Dienststelle: Geschäftsbereich II	Datum: 20.02.2019	Vorlage Nr.: 2019/GB II/0262
---	-----------------------------	--

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ausschuss für Innere Dienste	19.03.2019	Vorberatung
Verwaltungsausschuss	25.03.2019	Vorberatung
Rat	28.03.2019	Entscheidung

Beratungsgegenstand:

Beratung und Beschlussfassung über die 6. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Hinte über Aufwands-, Verdienstaussfall- und Auslagenentschädigung für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Hinte vom 17.12.2007

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Hinte beschließt die 6. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Hinte über Aufwands-, Verdienstaussfall- und Auslagenentschädigung für Ratsmitglieder und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Hinte vom 17.12.2007.

Finanzielle Auswirkungen:

Mehraufwendungen Aufwandsentschädigungen in Höhe von 8.400 Euro pro Jahr.

Begründung:

Gemäß § 22 Abs. 1 Siebtes Sozialgesetzbuch (SGB VII) sind Arbeitgeber zur Bestellung von Sicherheitsbeauftragten verpflichtet, wenn in ihrem Unternehmen regelmäßig mehr als 20 Beschäftigte tätig sind. Ziel dieser gesetzlichen Regelung ist eine ehrenamtliche, aber fundierte Unterstützung des Arbeitgebers in allen Fragen des Arbeitsschutzes.

Bei der Gemeinde Hinte sind zurzeit 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, verteilt auf sieben Standorte, beschäftigt.

Die Standorte im Einzelnen:

1. Rathaus
2. Bauhof
3. Kita Hinte
4. Kita Osterhusen
5. Kita Loppersum
6. IGS Krummhörn-Hinte
7. Grundschule Loppersum

Wichtig für die Tätigkeit des Sicherheitsbeauftragten ist neben der räumlichen Nähe der Sicherheitsbeauftragten auch die zeitliche Nähe. Es ist wichtig, dass die Sicherheitsbeauftragten zur gleichen Zeit wie die sonstigen Beschäftigten in der Einrichtung tätig sind.

Besonders wichtig ist fachliche Nähe der zuständigen Sicherheitsbeauftragten zu den Beschäftigten. Ein wirksames Tätigwerden setzt ihre fachliche Nähe für den Arbeitsbereich der Beschäftigten im Zuständigkeitsbereich voraus. Die notwendige fachliche Nähe ist u.a. gegeben, wenn die Sicherheitsbeauftragten und die Beschäftigten dauerhaft gleiche oder ähnliche Tätigkeiten ausüben.

Darum ist es notwendig, dass die Sicherheitsbeauftragten Mitarbeiter der Gemeinde Hinte sind.

Die Verwaltung bestellt für jeden Standort zwei Sicherheitsbeauftragte. Diese sollen gleichzeitig auch Brandschutz- und Ersthelfer sein. Damit wird den Erfordernissen des § 10 Abs. 1 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) Rechnung getragen, der dem Arbeitgeber auferlegt, entsprechend der Art der Arbeitsstätte und der Tätigkeiten sowie der Zahl der Beschäftigten die Maßnahmen zu treffen, die zur Ersten Hilfe, Brandbekämpfung und Evakuierung von Beschäftigten erforderlich sind. Der Arbeitgeber hat die entsprechenden Personen zu benennen, die diese Aufgaben übernehmen.

Die Sicherheitsbeauftragten üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Aus diesem Grund sollen sie eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,- Euro erhalten. Um dies zu ermöglichen ist die Aufwandsentschädigungssatzung der Gemeinde Hinte anzupassen. Eine Satzung kann nur durch Satzung geändert werden, die vom Rat entsprechend zu beschließen ist. Die Änderungssatzung ist der Vorlage als Anlage beigefügt.

Anlagen:

6. Änderungssatzung vom 28.03.2019